Lawrows toxisches Angebot von Sicherheitsgarantien

Dr. Klaus Olshausen

November 2025

Zusammenfassung

Einige Entwicklungen der vergangenen 14 Tage markieren Anzeichen einer politischen Patt-Situation im Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine. Nach Telefonat Trump-Putin, anschließendem Besuch Selenskyjs im Weißen Haus, Absage eines „vergeudeten" Treffens Trump-Putin, dann erste Sanktionen Trumps gegen die Russische Ölkonzerne – und Putins Reaktion mit seinen „supermodernen" nukleargetrieben Marschflugkörpern. Trumps Reaktion folgte mit der Ankündigung eigener nuklearer Tests. Bei diesem „tit for tat" startete der russische Außenminister Lawrow seine „Zuckerbrot"-Offerte mit Sicherheitsgarantien gegenüber allen EU- und europäischen NATO-Staaten. Er will diejenigen stärken, die eine „Sicherheit nur mit Russland" vertreten, und diejenigen als „Diplomatie-Verweigerer darstellen, die seinen eurasistischen Ansatz durchschauen. Den russischen Angriffskrieg mit der Unterjochung in den besetzten Gebieten klammert er natürlich aus. Deshalb tun EU und NATO das Richtige, bis zu dessen erfolgreicher Zurückweisung ihre Sicherheit vor Russland zu gewährleisten.

Jeder Neubeginn mit der Russischen Föderation wird erst dann wieder denkbar und möglich werden, wenn die Russen und ihre Regierung bereit sind, mit anderen Staaten auf der Grundlage ihrer jeweils international anerkannten Grenzen stabile politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen aufzubauen.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

Analyse

Die letzten 14 Tage gab es eine Reihe von Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die eine politische Patt-Situation markieren. Die seit März bestehende Forderung von Präsident Trump nach einem bedingungslosen Waffenstillstand, die die Ukraine akzeptierte, um weitere Unterstützung von Präsident Trump zu erhalten, wird von Putin und dem Kreml weiter abgelehnt.

Ein langes Telefonat Trumps mit Putin schien Trump mit einem möglichen Gipfel in Budapest „auf dem Pfad Putins". Aber sowohl das am nächsten Tag folgende Treffen mit Selenskyj im Weißen Haus als auch ein ergebnisloses Gespräch von Außenminister Rubio mit Lawrow ließen Trump diese Planungen aufgeben.

Er wolle kein „vergeudetes" Treffen. Stattdessen traf er zum ersten Mal seit Amtsantritt wirksame Sanktionen gegen Russland und zwar gegen zwei Hauptfirmen der Ölproduktion und -lieferungen Diese Maßnahmen beziehen auch Länder ein, die deren Öl und Ölprodukte kaufen. Diese sind seit dem 1. November in Kraft.

Auf die Ankündigung dieser Restriktionen der USA konnte Russland keine wirksamen Gegensanktionen beschließen. Putin nutzte deshalb diesen Zeitpunkt, um die Verunsicherung in Europa und insbesondere in der deutschen Gesellschaft und Politik ein weiteres Mal mit neuen Entwicklungen und Testen im nuklearen Bereich zu erzeugen. Dazu dienten letzte, angeblich erfolgreiche Tests des nuklear angetriebenen Marschflugkörpers Burewestnik (Sturmvogel), der mit 14.000 km Reichweite, flexiblen Ausweichmanövern und land- und jetzt auch luftgestützt einsetzbar sei.

Parallel wiederholte der „Putin-Politologe" Sergei Karaganow in der Staatswochenschau sein Plädoyer eines nuklearen Erstschlags gegen Russlands Feinde in Europa, um sie zu „ernüchtern" und von „Aggression gegen Russland" abzubringen.

Während europäische Regierungen und Medien die Bedeutung erörterten, antwortete Präsident Trump auf seiner Asienreise direkt. Inhaltlich in vager, unklarer Form kündigte er am Vorabend seines Treffens mit Xi Jinping an, er habe das Pentagon angewiesen, „unsere Nuklearen Waffen zu testen" in gleicher Weise, wie es andere tun. Während westliche Regierungen und Medien sich intensiv mit Deutungen dieser Aussage Trumps befassten, hat der Kreml offensichtlich erkannt, dass Trump sich durch solche „Sturmvogel Drohungen" Putins nicht beeindrucken lässt.

Und so ist es nicht überraschend, dass der Kreml es am Tag danach mit einem „Zuckerbrot-Angebot" versuchte, Europa und Amerika von der Unterstützung der Ukraine abzubringen. Lawrow sagte nach ausführlicher Kritik und Vorwürfen der Russophobie an westliche Staaten, man habe mehrmals gesagt, dass „wir nicht die Absicht hatten und haben, irgendein **derzeitiges** Nato- oder EU-Mitglied anzugreifen". Und dann wird er zitiert: »Wir sind bereit, diese Position in künftigen Sicherheitsgarantien **für diesen Teil Eurasiens** zu verankern".

Lawrow geht es hierbei nicht um eine Rückkehr zu den Regeln der OSZE von Helsinki. Vorrangiges Ziel ist, uneinheitliche Reaktionen in den westlichen Ländern hervorzurufen. Diejenigen sollen gestärkt werden, die sagen, man solle dieses Angebot prüfen, es gebe nur Sicherheit mit Russland. Andere, die darin den gezielten Versuch sehen, westliche Regierungen von starker Unterstützung und gar Sicherheitsgarantien für die Ukraine abzubringen, sollen als „Diplomatie-Verweigerer" diskreditiert werden. Die Rede Lawrows bei einer Tagung in Belarus zeigt, dass Russland ein eurasistisches Sicherheitssystem unter seiner Führung aufbauen will, in dem Amerika keine substanzielle Rolle mehr zukommt.

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW
Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany
Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06
E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

Die europäischen Staaten der NATO, der EU und der Partner müssen ernsthafte Gespräche über dieses Angebot solange zurückweisen, wie Russland erstens die Forderungen aus den Vertragsentwürfen vom 17. Dezember 2021 nicht verbindlich zurücknimmt und zweitens ihren brutalen Angriffskrieg gegen das zweitgrößte freie Land in Europa nicht beendet und die Unterjochung von Ukrainern in den illegal besetzten Gebieten des Landes nicht aufgibt. Die Regierungen und Gesellschaften der westlichen Länder müssen Russland in diesen Punkten gemeinsam, ja geschlossen, gegenübertreten.

Auch die russischen Offensiven mit vielerlei Maßnahmen eines „hybriden Krieges" gegen NATO- und EU-Staaten müssen beendet werden. Erst dann können Überlegungen angestellt werden, wie ein europäisches gemeinsames Sicherheitssystem neu gebaut werden kann, das eine transatlantische Brücke zu seiner Stabilität benötigt und die Kernelemente der Charta von Paris stärkt.

Über 5.300 Drohnenangriffe Russlands auf die Ukraine allein im Oktober unterstreichen die Illusion, ja die akute Gefahr, einer Sicherheit mit Putins Russland. Absehbar erfordert die Aggressivität von Putins Regime in all seinen Ausprägungen, dass die NATO-, EU- und Partnerstaaten ihre Sicherheit vor Russland gewährleisten. Das verlangt auch, dass sie die Ukraine weiter unterstützen und für den Fall eines Waffenstillstandes dem Land Garantien geben, einen erneuten Angriff Russlands zurückzuweisen.

Ein Neubeginn mit der Russischen Föderation wird erst dann wieder denkbar und möglich werden, wenn die Russen und ihre Regierung bereit sind, mit anderen Staaten auf der Grundlage ihrer international anerkannten Grenzen stabile politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen aufzubauen.

***

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/

Klaus Olshausen

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de